

**Vorlage
zur Beschlussfassung
für die Bezirksamtssitzung 16.11.2021**

- 1. Gegenstand der Vorlage:** Beschluss-Nr. 905/V vom 23.10.2019
Barrierefreiheit verbessern
Drucksache-Nr. 1302/V
- 2. Berichterstatter/in:** Bezirksstadträtin Maren Schellenberg
- 3. Beschlussentwurf:** Das Bezirksamt beschließt, der
Bezirksverordnetenversammlung die beigefügte Vorlage
zur Kenntnis zu geben.
- 4. Begründung:** Auf die beigefügte Vorlage zur Kenntnisnahme für die
Bezirksverordnetenversammlung wird verwiesen.
- 5. Rechtsgrundlagen:** § 36 Abs. 2 Buchst. b) und e) BezVG
- 6. Finanzielle Auswirkungen:** /
- 7. Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung:** ./.
- 8. Veröffentlichung (BVV-BNr: 471/V):** ja
- 9. An der Vorlage hat mitgewirkt:** ./.

Maren Schellenberg
Bezirksstadträtin

**Vorlage
zur Kenntnisnahme
für die Bezirksverordnetenversammlung**

1. Gegenstand der Vorlage: BVV-Beschluss-Nr. 905/V vom 23.10.2019
Barrierefreiheit verbessern
Drucksachen-Nr. 1302/V

2. Berichterstatter: Bezirksstadträtin Schellenberg

3. Die Bezirksverordnetenversammlung hat am 23.10.2019 den folgenden Beschluss gefasst:

„Das Bezirksamt wird ersucht, bei der Reparatur von Treppen im öffentlichen Straßenland die Treppen möglichst mit Rampen, Steilverfüllungen oder Führungsschienen auszustatten, damit der Zugang barrierefrei verbessert wird. Der BVV ist darüber zu berichten.“

Hierzu wird berichtet:

Das Bezirksamt bemüht sich um eine barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes insbesondere bei Reparaturarbeiten von Treppenanlagen im öffentlichen Straßenland.

Es ist jedoch nicht möglich, jede Treppenanlage im Bezirk bei Reparaturarbeiten barrierefrei umzugestalten, da diese dafür oft baulich nicht geeignet sind und nicht genügend öffentlicher Raum für entsprechende Veränderungen zur Verfügung steht. Daher ist es notwendig, für jeden derartigen Eingriff eine vorherige Einzelfallprüfung durchzuführen, um sicherzustellen, dass verpflichtende DIN-Vorgaben eingehalten werden.

Des Weiteren ist festzuhalten, dass große bauliche Veränderungen nicht aus der baulichen Unterhaltung finanziert werden können, da die dort zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt sind.

Das Straßen- und Grünflächenamt steht im Austausch mit der bezirklichen Beauftragten für Menschen mit Behinderung und ist mit ihr in Bezug auf abzusenkende Borde im Gespräch. Listen mit abgesenkten Borden stellt der Fachbereich Tiefbau dem zuständigen Ausschuss für Straßenverkehr und Tiefbau zur Verfügung.

Es wird gebeten, den Beschluss als erledigt zu betrachten.

Cerstin Richter-Kotowski
Bezirksbürgermeisterin

Maren Schellenberg
Bezirksstadträtin